

Walter A. Schwaebisch  
Direktkandidat Wahlkreis Konstanz  
walter.schwaebisch@afd-bw.de

## **Kreisseniiorenrat Konstanz**

### **- Beantwortung der Fragen -**

#### **Frage 1 RENTE und ALTERSARMUT**

Im Jahr 2001 bekam der deutsche Durchschnittsrentner nach 45 Beitragsjahren etwa 52 Prozent des damaligen Bruttodurchschnittseinkommens. 2016 sind es nach Schätzungen der Deutschen Renten-versicherung nur noch knapp 48 Prozent. Das Niveau der gesetzlichen Rente wird weiter sinken, bis 2030 möglicherweise sogar auf 43 Prozent. Die Lage wird so dramatisch, dass ab 2030 aus heutiger Sicht jeder zweite Neurentner in Deutschland eine Rente bekommt, die auf Höhe der Grundsicherung liegt.

Selbst Personen im Alter von ca. 30 Jahren mit einem Jahresgehalt von etwa 50.000 Euro, müssen beim Renteneintritt nach 35 Beitragsjahren mit einer monatlichen Versorgungslücke von etwa 1.500 Euro rechnen. Wollen sie dann noch 20 Jahre als Rentner leben, benötigen sie Rücklagen von mehr als 370.000 Euro.

Geringverdiener mit einem Durchschnittsgehalt von 1.500 Euro brutto, kommen trotz 45 Beitragsjahren nur auf eine Bruttorente von 680 Euro. Davon sollen die gesamten Lebenshaltungskosten bezahlt werden, was heutzutage natürlich völlig unmöglich ist. Aktuell sind bereits 15 Prozent der über 65-Jährigen von Armut bedroht. Weil die Rentenformel so gekürzt wurde, dass Normalverdiener trotz lebenslanger Einzahlung in der Altersarmut landen, ist das gesamte System aus den Fugen geraten.

Im Vergleich zu den Rentnern der unteren Einkommensgruppen ist die Versorgung von illegalen Ausländern und Asylsuchenden geradezu fürstlich. Die Pauschalen, die die Landkreise pro Asylsuchende erstattet bekommen, betragen je nach Bundesland zwischen ungefähr 12.000 und 13.500 Euro. Diese Beträge decken aber nicht alle Kosten ab, so dass mit 15.000 Euro an direkten Kosten pro Asylsuchenden zu rechnen ist. Die zusätzlichen Aufwände für eine medizinische Gesundheitsversorgung belaufen sich zusätzlich auf mindestens 200 Euro pro Monat und Asylsuchenden.

#### **Reformiertes Rentensystem**

Die Alternative für Deutschland möchte durch ein reformiertes Rentensystem, in das alle Beschäftigten Beiträge einbezahlen, diese Missstände beseitigen und eine Rentenhöhe sicherstellen, die einen angemessenen Lebensabend für alle Arbeitnehmer ermöglicht.

#### **Prekärer Arbeitsverhältnisse**

Prekärer Arbeitsverhältnisse lassen sich durch „Aktivierende Grundsicherung“, d.h. Arbeit, die sich lohnt vermeiden. Die AfD will eine „Aktivierende Grundsicherung“ als Alternative zum Arbeitslosengeld II („HartzIV“). Dabei schmilzt der staatliche Unterstützungsbetrag der Grundsicherung mit wachsendem Einkommen immer weiter ab, bis ab einem bestimmten Einkommen Einkommensteuer zu entrichten ist, statt einen staatlichen Unterstützungsbetrag zu erhalten. Das erzielte Einkommen soll nicht wie bisher vollständig mit dem Unterstützungsbetrag verrechnet werden. Stattdessen verbleibt dem Erwerbstätigen stets ein spürbarer Anteil des eigenen Verdienstes. Dadurch entsteht Arbeitsanreiz. Wer arbeitet, wird auf jeden Fall mehr Geld zur Verfügung haben als derjenige, der nicht arbeitet, aber arbeitsfähig ist (Lohnabstandsgebot). Missbrauchsmöglichkeiten sind auszuschließen.

## Frage 2 WOHNEN IM ALTER

Die Frage ist natürlich wann das „Alter“ beginnt. Bei manchen Menschen ist dies bereits ab dem 60. Lebensjahr, bei anderen erst ab 80. Und wie im Alter der Tagesablauf aussehen soll ist sehr individuell zu betrachten.

Unabhängig davon müssen entsprechende Angebote für gemeinsames und auch für betreutes Wohnen durch Städte und Gemeinden zu bezahlbaren Kosten zur Verfügung gestellt werden.

Was nicht gerecht ist, ist die Tatsache, dass Rentner mit angespartem Vermögen dieses zuerst aufbrauchen müssen, bevor sie dieselben Leistungen beziehen können, wie andere.

Bezahlbarer Wohnraum muss sich am jeweiligen Einkommen der Rentner und an den durchschnittlichen Mietpreisen der Region orientieren. Bei einem Missverhältnis zwischen Renteneinkommen muss der Staat für einen Ausgleich sorgen. Es kann nicht länger hingenommen werden, dass illegal ins Land gekommenen Ausländern eine bessere Versorgung zusteht, als deutschen Bürgern, die ihr Leben lang gearbeitet und Beiträge bezahlt haben.

Neue Wohnformen für ältere Bürger sind zu begrüßen und zu fördern, da sie die gegenseitige Unterstützung in einem angenehmen sozialen Umfeld ermöglichen.

## Frage 3 PFLEGE und PFLEGENOTSTAND

Die Pflege durch Angehörige sollte aufgewertet werden. Heute ist es so, dass die Pflege älterer Menschen durch einen Dienst oder durch ein Heim höher vergütet wird als die Pflege durch einen Angehörigen. Pflegenden Angehörigen werden oft mit organisatorischen und finanziellen Problemen alleingelassen. Die AfD will die Fürsorge für pflegebedürftige Familienangehörige in einer vertrauten familiären Umgebung stärken. In Deutschland werden derzeit mehr als 70 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause gepflegt. Dabei sind die Pflegesätze für Pflegedienste in allen Pflegestufen doppelt so hoch wie die für eine Pflege durch Angehörige.

Die AfD möchte die Rahmenbedingungen derart gestalten, dass sich erwachsene Kinder bewusst für die Pflege der Eltern entscheiden können. Als Grundlage für die häusliche Pflege sind das Beratungsangebot für pflegewillige Angehörige in Form eines umfassenden Betreuungsnetzwerkes zu verbessern und die Pflegesätze an die Leistungen für Pflegedienstleister anzugleichen. Die AfD will Familienarbeit in der Pflege als Beitrag für das Gemeinwohl gesellschaftlich anerkennen. Die individuelle häusliche Pflege muss zu einem Hauptbestandteil der sozialen Sicherungssysteme werden.

Der Mangel an Pflegepersonal in den Kliniken und Pflegeheimen kann nur dadurch behoben werden, dass die Lohnstruktur den Marktverhältnissen entsprechend angepasst wird. Arbeitszeiten und Aufgaben müssen attraktiv gestaltet werden, um die Pflegekräfte in Deutschland zu halten und eine weitere Abwanderung ins benachbarte Ausland zu verhindern.

Einen rechtsverbindlichen Anspruch auf einen Kurzzeitpflegesatz einzuführen ist sinnvoll und sollte von der nächsten Regierung aufgenommen werden.

## Frage 4 SICHERHEIT und SICHERHEITSEMPFINDEN

Die Aussage der Bundesregierung, dass sich die Sicherheitslage in Deutschland verbessert hätte, ist falsch. Das Gegenteil ist aber der Fall und demzufolge ist diese Aussage als politische Lüge zu bezeichnen.

Die Fakten:

- Aufgeklärte Straftaten 2015: 3.163 Mio, davon über 206.000 von Ausländern (= 6,5 %)
- Aufgeklärte Straftaten 2016: 3.175 Mio, davon über 293.000 von Ausländern (= 9,2 %)

Dies entspricht einer Steigerung von **87.00 Straftaten (2.7 %)** innerhalb eines Jahres.

Bei den Tatverdächtigen ist die Situation folgendermassen:

- Nichtdeutsche Tatverdächtige und Zuwanderer 2015: 670.000 (= 33%)
- Nichtdeutsche Tatverdächtige und Zuwanderer 2016: 790.000 (= 39%)

Dies entspricht einer Steigerung von **120.00 Fällen (6 %)** innerhalb eines Jahres.

Quelle:

Bundeskriminalamt: Kriminalität im Kontext von Zuwanderung - Bundeslagebild 2016, 24. April 2017

Selbst die Stuttgarter Nachrichten (06. Juni 2017) stellen im Hinblick auf die steigende Ausländerkriminalität fest: *Trotz des leichten Rückgangs im ersten Quartal: Flüchtlinge werden im Vergleich zum Rest der Bevölkerung weiterhin überdurchschnittlich häufig straffällig. Im Südwesten stellen sie zehn Prozent der Tatverdächtigen – bei einem Bevölkerungsanteil von etwa 1,5 Prozent. Entsprechend voll sind die Gefängnisse, entsprechend hoch ist dort inzwischen der Ausländeranteil.*

Natürlich muss die Polizei materiell und personell verstärkt werden und die Präsenz auf den Strassen erhöht werden. Die verschiedenen und oftmals aneinander vorbei wurstelnden Verfassungsgremien der Länder müssen zu einer handlungsfähigen Behörde zusammengelegt werden. Wichtiger ist aber die Ursachenbehebung durch konsequente Bekämpfung der Kriminalität mittels der Justiz. Es kann nicht sein und entspricht auch nicht der Gesetzeslage, ausländische Straftäter mit „Bewährung“ zu belohnen. Ausserdem muss der von Merkel unkontrollierte Zustrom von „Flüchtlingen“, unter denen sich auch Terroristen befinden, umgehend beendet werden. Von uns versorgte islamistische Terroristen können quasi ungestört Bürger unseres Landes ermorden oder als „Gefährder“ die Menschen bedrohen. Wie kann es sein, dass ein irakischer Asylant ein Sturmgewehr besitzt und mit diesem bewaffnet in Konstanz Menschen erschiessen und schwer verletzten kann?

Die Alternative für Deutschland fordert, dem Schutz der Bürger vor einwanderungs-bedingter Kriminalität oberste Priorität einzuräumen. Das verlangt einen Systemwechsel von der Fesselung der Sicherheitsbehörden durch nationale und EU-Vorschriften hin zur Neukonzeption von Ausländerbehörden, Polizei und Strafverfolgung als effiziente Gefahrenabwehrbehörden. Sie müssen zum bestmöglichen Schutz der Bürger vor einwanderungsbedingter Kriminalität ebenso wie zur Unterbindung von Asyl- und Rechtsmissbrauch gesetzlich aufgefordert und in der Lage sein. Das schließt eine Abkehr von EU-Richtlinien im Einwanderungs- und Asylbereich mit ein, die zur Entmachtung der nationalen Ausländerbehörden bei gleichzeitig massiver Vermehrung von Ansprüchen geführt haben.

Kriminelle Asylsuchende sollen das Recht auf Asyl verwirken und umgehend aus Deutschland abgeschoben werden. Die AfD wird hierzu die rechtlichen Möglichkeiten schaffen, um ausländischen Straftätern leichter und schneller das Aufenthaltsrecht entziehen zu können. Dies ist ein wirkungsvolles Mittel zur Bekämpfung der einwanderungsbedingten Kriminalität.

## **Frage 5 ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION**

In der EU findet eine schleichende Entdemokratisierung statt, eine grundlegende Reform der EU ist deshalb dringend erforderlich.

Die Organe der EU, vor allem der Ministerrat, die EU-Kommission und das Parlament sind unzureichend demokratisch legitimiert, damit wird die Politik auch von demokratisch nicht kontrollierten Bürokratien gestaltet. Die Vision eines europäischen Großstaates läuft zwangsläufig darauf hinaus, dass die EU-Einzelstaaten ihre nationale Souveränität verlieren. Der Vertrag von Maastricht 1992 und die Veränderung von Lissabon 2007 sind der Versuch, die EU unumkehrbar zu einem europäischen Staat fortzuentwickeln. Bei Volksabstimmungen in

Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005 hatten die Bürger den sogenannten Verfassungsvertrag zur Gründung eines europäischen Großstaates abgelehnt.

Die zunehmende Zentralisierung von Hoheitsrechten und Kompetenzen, für die es in den europäischen Verträgen keine Grundlage gibt, muss rückgängig gemacht und Kompetenzen an die Nationalstaaten zurückgegeben werden. Erst dann können eine Gemeinschaft der Nationen und eine EU der Vaterländer nachhaltig funktionieren. Stabile demokratische Nationalstaaten sind das Fundament einer friedlichen Weltordnung.

## **Frage 6 ZUKUNFT DES EURO**

Die heutige EURO-Zone war schon immer und lange vor ihrer politischen Planung in den 1990er Jahren, ein Gebiet mit wirtschaftlichen, währungspolitischen und kulturellen Unterschieden. Nach allen geschichtlichen Erfahrungen hat es sich nicht für eine einheitliche, suprastaatliche Währungsunion geeignet und hätte über die Freihandelszone der EWG nicht hinausgehen dürfen. Die Einführung des EURO war von Anfang an ein rein politisches Projekt. Alle Warnungen von Ökonomen und Historikern wurden ignoriert. Seit 1999 waren die EURO-Wechselkurse der nationalen Währungen im heutigen EURO-Raum festgeschrieben, und es kam auch zu faktisch einheitlichen Zinssätzen. Damit waren den Ländern diese zwei marktwirtschaftlich zentralen, unabdingbaren Korrekturen genommen, die bis 1998 die Unterschiede in der Wirtschaftskraft der EURO-Länder jahrzehntelang erfolgreich ausgeglichen hatten. Der notwendige Ausgleich von Produktivitätsunterschieden durch nominale Auf- und Abwertungen wird seitdem durch den EURO verhindert. Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Eurostaaten werden damit verringert. Die EURO-Zone ist daher seit vielen Jahren vom Durchschnitt des weltweiten Wirtschaftswachstums abgehängt. Dem Anspruch von Lissabon nach sollte sie die „dynamischste und innovativste Wirtschaftszone der Welt“ werden.

Nach inzwischen siebzehn Jahren der systembedingt erzwungenen, marktfernen Währungsregulierung ist die Gemeinschaftswährung ohne ständige massive Vermögenstransfers in solche EU-Staaten, die einer Währungsunion nicht gewachsen sind, nicht mehr überlebensfähig. Der gemeinsame EURO ist eine grundlegende Fehlkonstruktion. Die durch ihn hervorgerufenen Spannungen können schon seit Beginn der Target-Salden-Ausuferung 2008 und besonders seit Beginn der EURO-„Dauerrettung“ 2010 nur noch über interventionistische, rechtswidrige, permanente und weitgehend deutsche Kredithilfen und Haftungsübernahmen oder durch EZB-Käufe (EZB = Europäische Zentralbank) von im freien Markt nicht verkäuflichen Staatsanleihen aufrechterhalten werden. Aber diese Hilfen mittels EFSF (Europäisches Finanzaufsichtssystem), ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus), OMT (Geldpolitische „Outright“-Geschäfte), Target und Bankenunion behandeln nur die Symptome und kaufen Zeit, anstatt die Ursachen für die struktur- und kostenbedingte mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die nicht tragfähige Verschuldung vieler Mitgliedsstaaten zu beheben. Die Nehmerländer der „Rettungsaktivitäten“ werden durch viel zu niedrige Zinsen animiert, Kredite aufzunehmen, die sie in dieser Höhe von privaten Marktteilnehmern nie erhalten würden.

Auf diese Weise wird die in den EU-Verträgen limitierte Schuldentragfähigkeit dieser Länder mit unabsehbaren Folgen überspannt. Die Transferzahlungen verstärken bereits aufgebaute ökonomische und politische Spannungen zwischen den Geber- und Nehmerstaaten, so dass die Kosten, den EURO-Raum zu erhalten, seinen Nutzen inzwischen weit übersteigen und die europäischen Integrationsmöglichkeiten überdehnen. Schon mittelfristig sind die politisch-realen und gegen den Willen der Mehrheit der Bürger erzwungenen Dauertransfers keinesfalls durchzuhalten. Die Kredit- und Haftungsbeträge sind auch für den Hauptgaranten Deutschland zu groß. Die suprastaatliche EURO-Rettungspolitik verletzt in der Praxis der Staatsanleihenmärkte permanent das Verbot der Staatsfinanzierung durch die EZB und das Verbot der Haftung für Schulden anderer Mitgliedstaaten (Art. 123 und 125 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union)). Gemäß Artikel 110 Grundgesetz sowie nach (Lissabon-Urteil vom 30.06.2009) gehört die Hoheit über Staatsausgaben zum „Kernbestand und unver-

äußerlichen Teil der staatlichen Souveränität“. EU, EZB und ESM greifen mit ihrer Rettungspolitik unzulässig in diese Souveränitätsrechte ein. Diese Politik bricht zudem alle den Wählern seit den 1990er-Jahren politisch und vertraglich gegebenen Versprechen, „niemals eine Haftung Deutschlands für Fremdschulden“ zuzulassen. Damit sind die wesentlichen Grundlagen der ursprünglichen deutschen Zustimmung zum Maastricht-Vertrag und zur EURO-Einführung entfallen.

Die EU-Politik, Hilfe an Bedingungen zu knüpfen, ist unglaublich, weil es keinen Sanktionsmechanismus für ein Missachten der Auflagen gibt. Da die EURO-Zone den Fall einer Staatsinsolvenz nicht vorsieht, werden heute Kredite selbst dann nicht verweigert, wenn Auflagen für die Kreditvergabe nicht erfüllt sind. Damit sind die Geberländer immer erpressbar – ein gravierender Konstruktionsfehler der EU-Vertragspolitik.

Der EURO beschädigt das hohe Gut des friedlichen Zusammenlebens der Völker, welche die Eurokratie in diese Schicksalsgemeinschaft gezwungen hat. Seine Installation führte zu Missgunst und Streit zwischen den Nationen. Da Krisenländer unter dem Dach der Einheitswährung gezwungen sind, ihre Wettbewerbsfähigkeit durch reale, „interne Abwertungen“ und eine damit verbundene energische Sparpolitik („Austeritätspolitik“) wiederherzustellen anstatt dafür eigene Währungsspielräume auszunutzen, sind innereuropäische Spannungen eine systembedingte Folge des EURO.

Der EURO und die damit zusammenhängenden „Rettungsmaßnahmen“ oder gar Vorschläge für eine „EU-Wirtschaftsregierung“ sind illegitime und illegale Eingriffe in die demokratischen Entscheidungsstrukturen der beteiligten Nationalstaaten. Die bereits derzeit aufgetürmten Haftungsrisiken in Höhe dreistelliger Milliardenbeträge waren zu keiner Zeit Gegenstand der Haushaltsberatungen nationaler Parlamente. Der EURO kann und darf als kontinentales Großexperiment nicht fortgeführt werden. Das Vermächtnis aus der Geschichte Europas ist der demokratische Rechtsstaat und ein friedliches Miteinander souveräner Staaten. Die Installation des EURO-Währungsraums ist geeignet, diese kulturellen Errungenschaften zu zerstören. Um dem vorzubeugen, muss das waghalsige Experiment unverzüglich abgebrochen werden.

Die AfD setzt sich dafür ein, die deutsche Mitwirkung an der wirtschaftlich und rechtlich falschen Fortsetzung dieser „Rettungs“-Politik zu beenden und bei mangelnder Einsicht der Partnerstaaten aus dem EURO-Verbund auszutreten. Alternativ zum deutschen Austritt kann eine gemeinsame geordnete Auflösung angeboten werden. Die AfD geht dabei von folgender Erkenntnis aus: Die Korrektur einer fast 20-jährigen Fehlentwicklung wird sehr schmerzhaft. Doch sie ist unvermeidbar, weil es unverantwortlich ist, in einem System zu verharren, in dem jeder weitere garantierte Kredit etwa für Griechenland mit absoluter Sicherheit verloren ist. Nach dem Grundsatz, wonach niemand schlechtem (da verlorenem) Geld gutes hinterherwirft, ist dieses Verhalten dringend geboten. Die mit diesem Ausstieg verbundenen einmaligen Kosten werden beherrschbarer und niedriger sein als die, welche ein Verbleiben im EURO-Verbund mit sich bringt. Jeder Aufschieben einer solchen Problemlösung erhöht die Risiken.

Eine Bundesregierung mit AfD-Beteiligung muss das Recht in Anspruch nehmen, die Vereinbarungen über die EURO-Währungsunion zu kündigen und sich dabei auf den Fortfall der Geschäftsgrundlage bzw. Vertragsvereitelung zu berufen. Ein Austritt Deutschlands aus der Währungsunion ist aus nationalem und auch europäischem Interesse zwingend erforderlich. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Maastricht-Urteil (1993) konstatiert, dass einem Ausscheiden Deutschlands keine institutionellen Vorkehrungen entgegenstehen, wenn das Ziel einer Stabilitätsgemeinschaft verfehlt wird. Deutschland wird sehr deutlich machen, dass der Austritt nicht gegen die Partnerländer gerichtet ist, sondern dass es um die Korrektur der katastrophalen Fehlentwicklung des EURO zum Wohle aller Länder der EURO-Zone geht. Generell verlieren dann alle Vereinbarungen, die im Zusammenhang mit der Gemeinschaftswährung EURO stehen, für Deutschland ihre Gültigkeit. Der ESM vergibt sofort keine neuen Kredite mehr, die mit dem deutschen Anteil besichert sind, und er wird für Deutschland

abgewickelt. Die anderen Rettungsmechanismen laufen für Deutschland aus. Zahlungen in die aktuellen Rettungs-instrumente werden auf die konkret gegebenen Zusagen begrenzt. Die AfD fordert, das Experiment EURO geordnet zu beenden. Sollte sich der Bundestag dieser Forderung nicht anschließen, muss über den Verbleib Deutschlands im Währungsverbund eine Volksabstimmung durchgeführt werden.

Die Niedrigzinspolitik der EZB hat das klassische Ansparmodell (Lebensversicherungen, Festgeldanlagen etc.) hauptsächlich zu Lasten der deutsche Sparer zerstört. Unter diesen Umständen ist eine finanzielle Vorsorge nur mit Aktienanlagen möglich, was aber eine gewisse Kenntnis der Märkte voraussetzt und nur unter Inkaufnahme von Kursrisiken zu empfehlen ist.

### **Frage 7 MOBILITÄT**

Der öffentliche Nahverkehr muss natürlich auch an die spezifischen Bedürfnisse der älteren Menschen angepasst werden. Dies kann z.B. dadurch geschehen, dass die Flexibilität bestehenden Angebote erhöht wird, indem durch moderne Steuerungssysteme die Frequenz der Verkehrsmittel besser an die Bedürfnisse der Bevölkerung angepasst werden. Ein spezieller Abholservice auf Abruf in Ergänzung der üblichen Angebote wäre gerade für ältere Bürger eine hilfreiche Unterstützung.

Viele öffentliche Gebäude neuerer Bauart sind bereits barrierefrei. Dort wo dies noch nicht der Fall ist, muss dieses Problem mit Priorität beseitigt werden.